

21.05.2011 - Zeitung vom Lëtzebuerger Vollek - **Unser Leitartikel: Der Funke**

Von Christoph Kühnemund - Vergangene Woche erklärte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel ganz unverblümt, was sie sich für die Menschen in den EU-Ländern wünscht: mehr Arbeiten für weniger Geld und bei weniger Anspruch auf Erholungsurlaub. Eine weitere Keule gegen die »faulen Südeuropäer«, über die in den Medien so allerhand Unsinn verbreitet wird, um die eigene Bevölkerung auf Linie zu bringen, was leider durchaus fruchtet. Auch Premier Juncker legte noch einmal nach. So wird dem eigenen Volk eingetrichtert, jeder Einzelne von ihnen würde die lediglich in römischer Dekadenz schwelgenden Südeuropäer finanzieren, die ja ach soviel Urlaub haben, unverschämt früh in Rente gehen und sowieso auch noch Prämien zum Jahresende bekommen. Die hohe Arbeitslosigkeit der betroffenen Länder läßt dazu gewälzte Statistiken ohnehin zur reinen Theorie werden.

Keine Rede ist freilich davon, daß diese Richtwerte nur deshalb, wenn auch nur minimal, höher sind, als in der BRD, weil letztere im Zuge massiven Sozialabbaus zugunsten der Wirtschaft mittlerweile unter jene Werte gefallen ist, wie es sie noch in jenen Ländern gibt, die erst dabei sind, den Sozialstaat zu schleifen. Auch keine Rede davon, daß diese Rentenreformen reiner Sozialabbau sind, weil sie aus rein demographischen Gesichtspunkten begründet werden, ohne die Produktivität zu beachten.

Wenn deren Bevölkerungen nun auf die Straße gehen, weil sie sich die Butter aufs Brot und das Dach über dem Kopf nicht mehr leisten können, stoßen sie damit vielerorts auf wenig Gegenliebe bei den Mitmenschen in Mitteleuropa, die sich nicht so recht trauen, einmal um sich zu schauen, wie es in ihrem Land bestellt ist oder gar die Faust aus der Tasche nehmen und es den Spaniern oder Griechen gleichtun. Sie werden weiter gefüttert mit Nachrichten wie: »geht es der Wirtschaft gut, dann geht es uns allen gut«.

So wird ein Keil zwischen die Menschen der verschiedenen EU-Länder getrieben, ein Graben, der das Feuer des sozialen Aufbegehrens bremsen soll. Nachrichten über die beginnende Protestbewegung auf den Plätzen spanischer Städte wurden vereinzelt gar erst drei bis vier Tage später im Fernsehen gezeigt, gepaart mit den üblichen Floskeln: »linksradikale Jugendliche«. Und was auch sichtbar wird: Spanien reagiert mit Demonstrationsverbot und, sollte dieses nicht beachtet werden, sicherlich auch mit schärferen Mitteln; nicht anders also, wie in den Ländern Arabiens geschehen, von deren Regierungen Demokratie und Respekt vor Volkes Wille eingefordert wird.

Die Gewerkschaften des EGB, die in Athen beschlossen, gemeinsam am 21. Juni in Luxemburg wieder für eine sozialere EU zu demonstrieren sind nun gefragt, weiter auf der Basis dieses Bündnisses Forderungen des »sozialen Dialogs« zu stellen oder zu erkennen, daß mit dieser EU kein gerechtes und soziales Europa zu machen ist, an deren Grenzen Flüchtlinge ertrinken, die aus ihren, auch von der EU wirtschaftlich erdrückten Ländern fliehen.

Es ist an der Zeit, zu erkennen, daß breiter Widerstand aller fortschrittlichen Kräfte vonnöten ist, um die vollständige Zerschlagung aller sozialen Errungenschaften zu verhindern, für deren Erreichen unsere Eltern und Großeltern viel Kraft investiert haben. Der Funke ist jedenfalls in Europa angekommen.

Christoph Kühnemund